

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 276 Oktober 2005

Die Europäische Union und Kleinwaffen

Das Problem der Kleinwaffen und leichten Waffen

- Auf der Welt existieren zur Zeit 639 Millionen Kleinwaffen und leichte Waffen. Acht Millionen Kleinwaffen und leichte Waffen werden jährlich hergestellt.
- Rund eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder kommen jedes Jahr durch Waffengewalt ums Leben.
- Ohne strenge Kontrollen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene werden Kleinwaffen und leichte Waffen weiterhin gewaltsamen Konflikten Nahrung geben.

Das Aktionsprogramm der UN

Da in den Konflikten der letzten Zeit überwiegend Kleinwaffen und leichte Waffen verwendet wurden, schenken die Vereinten Nationen dieser Frage besondere Beachtung.

Vom 9. bis zum 20. Juli 2001 hielt die UN eine Konferenz über alle Aspekte des Schwarzhandels mit Kleinwaffen und leichten Waffen ab. Diese Konferenz einigte sich auf ein Aktionsprogramm mit dem Ziel, den Schwarzhandel mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu verhindern, zu bekämpfen und auszurotten.

Der Bericht zur "Untersuchung der Umsetzung des Aktionsprogramms der UN" beschrieb im Jahre 2005 diese Vereinbarung als die "zentrale globale Vereinbarung über die Verhinderung, Bekämpfung und Verringerung des unerlaubten Handels mit, der Verbreitung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen".

Dieser Bericht, der zum Downloaden zur Verfügung steht unter:

www.iansa.org/un/bms2005/red-book.htm, wurde gemeinsam verfasst vom International Action Network on Small Arms (IANSA), einem globalen Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für eine Beendigung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen einsetzen, und Biting the Bullet, einem gemeinsamen Projekt von International Alert, Saferworld und der Universität Bradford im UK, während sich gleichzeitig die Regierungen in der UN im Juli 2005 zusammensetzten, um das Aktionsprogramm zu überprüfen. Der Bericht findet, dass seit der Unterzeichnung der Vereinbarung wenig erreicht wurde. Minimale Schritte in Richtung auf die Umsetzung sind ausgeblieben. Zum Beispiel gibt es erst in weniger als 40 Ländern Gesetze zur Kontrolle von Waffenhändlern, während die Gesetze zum Waffentransfer in vielen Ländern unzureichend oder überholt sind.

Die Rolle der EU

Bei einer öffentlichen Sitzung, die im Europäischen Parlament im Juni 2005 über das Thema "Waffenexporte in der EU: Eine Bedrohung von Frieden und Sicherheit?" stattfand, wurde hervorgehoben, dass Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden und das Vereinigte Königreich für ein Drittel der weltweiten Vereinbarungen zum Waffentransfer verantwortlich waren, die zwischen 1994 und 2001 abgeschlossen

wurden. Seit dem Beitritt von zehn weiteren Ländern zur EU exportiert die EU nun mehr Waffen als die USA oder Russland.

Im Mai 2005 veröffentlichte das Transnational Institute, eine weltweite Vereinigung von Wissenschaftlern, die sich als Aktivisten engagieren, "Das Aufkommen des militärisch-industriellen Komplexes der EU: die Lobbyarbeit der Waffenindustrie in Brüssel" von Frank Slijper, der seit dreizehn Jahren im Rahmen der Dutch Campaign Against Arms Trade (www.stoparmstrade.org) über den Waffenhandel Nachforschungen anstellt und Kampagnen durchführt.

Nach diesem Bericht, der unter www.tni.org zur Verfügung steht, ist die Beziehung zwischen der Europäischen Kommission und dem Waffenhandel und der Waffenindustrie "ein Schulbeispiel dafür, wie Politik im Hinterzimmer gemacht wird, und eine Karikatur dessen, wie sich viele Leute heute das Ablaufen europäischer Entscheidungsprozesse im Allgemeinen vorstellen." Der Bericht drückt die ernste Sorge aus, dass der Einfluss der Waffenindustrie auf die EU-Politik weiter zunehmen wird, und untersucht, welche Auswirkungen dies auf Kontrollmechanismen zum Waffenexport wie den Verhaltenskodex der EU zu Waffenexporten von 1998 haben wird, der Waffenverkäufe an Menschenrechtsverletzer oder in Konfliktzonen verbieten soll.

Die Kampagne zur Waffenkontrolle

2003 starteten IANSA, Oxfam und Amnesty International die Kampagne "Control Arms". Diese Kampagne versucht, bei Regierungen dafür zu werben, einen Vertrag zum Waffenhandel zustande zu bringen, ein gesetzliches Instrument, das den Export von Waffen an solche Empfänger verbietet, die mit ihrer Hilfe möglicherweise oder wahrscheinlich schwere Menschenrechtsverletzungen begehen würden.

Sie organisieren momentan eine visuelle Petition unter dem Namen "Million Faces" - die den Teilnehmern die Möglichkeit gibt, ihre Sorge vor der Weiterverbreitung von Waffen auszudrücken. Sie wollen eine Million Fotos und Selbstportraits von Menschen aus der ganzen Welt sammeln.

Ihr könnt unten nachsehen, wie man sich an der "Million Faces"-Petition beteiligen kann, und wie man mehr erfährt über das Thema Kleinwaffen und leichte Waffen.

Mach mit

Mache mit bei der Kampagne "Control Arms" und bei der Petition "Million Faces" unter: www.controlarms.org

Besuche die Website des Internationalen Aktionsnetzwerks über Kleinwaffen (International Action Network on Small Arms). Informiere dich unter: www.iansa.org

Robin Bloomfield

Übersetzung: Eckard Teichert

Erinnerung an die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki

Am 23. Mai wurde von 5 Mitgliedern (MEPs) eine schriftliche Erklärung beim Europäischen Parlament eingerichtet (Gisela Kallenbach, Jill Evans, Caroline Lucas, Tobias Pflueger, Jean-Luc Dehaene und Ana Gomes). In der Juni-Ausgabe von

Around Europe bat QCEA die Leser, ihren Abgeordneten zu schreiben und sie zu aufzufordern, diese Erklärung zu unterschreiben. Damit die Erklärung rechtzeitig zu den Gedenkveranstaltungen im frühen August die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki erreicht, wurde diese in einen Appell umgearbeitet. Dieser Appell wurde von den meisten der im Europäischen Parlament vertretenen politischen Gruppierungen unterschrieben sowie zusätzlich von 80 einzelnen MEPs.

Der Appell wurde von der Abgeordneten Gisela Kallenbach zur Sechsten Jahreskonferenz der "Bürgermeister für den Frieden" und zum 60. jährlichen Gedenken an die Bombardierung von Hiroshima gebracht. Ein Bericht über ihren Besuch ist im Internet bei QCEA zu finden unter www.quaker.org/qcea/intergroup.

QCEA möchte sich bei allen bedanken, die sich Zeit genommen haben, um auf unsere Bitte zu reagieren und ihren Abgeordneten zu schreiben, um sie zu bitten, die Erklärung zu unterschreiben.

Übersetzung: Helge Moog

Zeit für Transparenz

Nach der niederländischen und der französischen Ablehnung der EU-Verfassung ist die Zeit gekommen für energische Maßnahmen, um den Einfluss verschiedener Lobby-Gruppen auf die Brüsseler Entscheidungen transparenter zu machen. Die vom Vizepräsidenten des Rates, Siim Kallas, eingeleitete "Europäische Transparenz-Initiative" darf diese Gelegenheit nicht ungenutzt lassen.

Über das demokratische Defizit der EU wurde schon lange diskutiert, aber es scheint nie zu verschwinden. Die Auffassung von der EU als unüberwindliche Festung besteht weiterhin, in der korporative und politische Eliten ohne Beteiligung der Bürger ihre Entscheidungen fällen. Die geschätzten 15.000 Lobbyisten in Brüssel, deren große Mehrheit für Geschäftsinteressen arbeitet, verbunden mit zweifelhaften Lobby-Praktiken und dem Fehlen von jeglichem glaubwürdigen Mechanismus zur Sicherung der Transparenz, lassen diese Auffassung glaubhaft erscheinen.

Ein Beispiel für irreführende Geschäfts-Lobbyarbeit, die von der "Gemeinsamen Europäischen Beobachtungsgruppe" (Corporate Europe Observatory) kürzlich aufgedeckt wurde, ist die "Kampagne für Kreativität" (C4C = Campaign for Creativity). Während diese Kampagne den Eindruck vermittelt, eine Organisation von Künstlern, Musikern, Designern, Entwicklern von Software und anderen kreativen Professionellen zu sein, wird sie tatsächlich von Campbell Gentry, einer Firma für Lobby-Arbeit, geleitet.

C4C hat die Mitglieder des Europa-Parlaments äußerst aktiv beeinflusst, Schutzmaßnahmen zur Sicherung der Software-Patente zu übernehmen, zum Vorteil großer multinationaler Software-Firmen. Während die Website nur vage erwähnt, die Kampagne werde "unterstützt" von großen multinationalen Software-Firmen (unter anderem von Microsoft und SAP) und von der Industrievereinigung CompTIA, besteht der allgemeine Eindruck, es handle sich um eine Kampagne kreativer Einzelpersonen.

Auf Befragung von C4C nach Einzelheiten ihrer Finanzierung erfolgten keine klaren Antworten. Es bleibt daher unklar, ob C4C tatsächlich eine Organisation ist, die

kreative Professionelle vertritt, oder ob dieses Erscheinungsbild nur dem Nutzen der Software-Multinationalen dient, die diese Kampagne finanzieren.

Zusätzlich zu Tarnorganisationen stehen den europäischen Lobbyisten, die größtenteils von großen Firmen (big business) finanziert werden, verschiedene Taktiken zur Verfügung. Finanzierung von Expertenkommissionen und Forschungsinstituten, Unterstützung von Patientenvereinigungen durch die Pharmaindustrie und die Möglichkeit, einen Bericht nach dem anderen in Auftrag zu geben, schaffen Bedingungen, die Identität und Interessen der beteiligten Parteien im Dunkeln lassen. Diese Situation wird noch verschlechtert, wenn ehemalige Beamte regelmäßig für Lobby-Firmen arbeiten, die solche Institutionen beeinflussen, in denen sie früher gearbeitet haben.

Angesichts der schädlichen Auswirkungen der trügerischen Lobby-Arbeit auf vielen Gebieten der Politik, einschließlich internationaler Entwicklung, Gesundheitswesen und Umwelt, gründete eine Koalition verschiedener Organisationen, der auch QCEA beitrug, die "Allianz für Transparenz in der Lobby-Arbeit und für Ethikvorschriften" (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation = ALTER-EU).

ALTER-EU fordert die Durchführung der obligatorischen Veröffentlichung von Lobby-Arbeit: Alle Organisationen von einer bestimmten Größe an (einschließlich der Nichtregierungsorganisationen), die Lobby-Arbeit betreiben, sollten Informationen vorlegen, wie sie finanziert werden und für welche Gebiete der öffentlichen Politik sie gearbeitet haben. Auch die Bekanntmachung von Treffen und Verbindungen zwischen Lobbyisten und hochrangigen Beamten sowie ein gewisser Zeitraum, ehe Beamte für Lobby-Arbeit angeheuert werden dürfen, würde die Transparenz sichern, wessen Interessen bei politischen Formulierungen berücksichtigt werden.

Es wäre eine Tragödie für die europäische Demokratie, wenn die kommerziellen Lobbyisten es schaffen, die derzeitige konsequente Einstellung des Ausschussmitglieds Kallas durch den Vorschlag von selbstregulierenden Standards zu verwässern. Mr Kallas' "Europäische Transparenz-Initiative" kann diese schwierigen Probleme im Herzen der europäischen Demokratie bewältigen. Diese Gelegenheit darf nicht versäumt werden.

Owen Espley

Campaigner at Corporate Europe Observatory und ehemaliger Praktikant bei QCEA (2003)

Übersetzung: Christel Wieding

Gerichtsvollzieher besucht Kriegssteuerverweigerer in Großbritannien

Am 31. August bekam Robin Brookes, einer der britischen "Peace Tax Seven" (sieben Kriegssteuerverweigerer aus Gewissensgründen) Besuch vom Gerichtsvollzieher. Dieser wollte Waren einziehen, um die Steuer zu begleichen, die Robin einbehalten hatte, um so gegen die Verwendung seines Geldes für militärische Zwecke zu protestieren. Eine solche Verwendung seines Geldes kann Robin nicht mit seinem Gewissen als Pazifist vereinbaren.

Bei sich zu Hause hatte Robin eine Wand aus Geld hergestellt. Diese Wand sollte zeigen

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift **Around Europe** ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

- Wieviel Geld Großbritannien alle 10 Sekunden für die Besetzung des Irak ausgibt
- Wieviel Geld jede Familie im Jahr aufwendet, um den Krieg zu finanzieren, und was man mit diesem Geld sonst tun könnte (z.B. einen Monat Heizung und Nahrung für 100 ukrainische Familien, Ausstattung für 6 Grundschulen im Kosovo oder medizinische Grundversorgung in Bangladesch für 6 Monate)

Der Gerichtsvollzieher erkundigte sich zunächst über den Fortgang des Verfahrens der "Peace Tax Seven", dann entnahm er das Geld und nahm es mit.

Im nächsten Monat werden wir detaillierter eingehen auf die Verbindung zwischen diesem Verfahren und dem, was der QCEA bisher zur Frage der Friedenssteuer beim Europarat unternommen hat.

Martina Weitsch
Übersetzung: Eckard Teichert
Around Europe per E-Mail

QCEA bietet jetzt Einzelbeziehern an, Around Europe per E-Mail statt per Post zu beziehen.

Der Bezug per E-Mail kostet 15 Euro oder 10 englische Pfund. Dieser Betrag ist dafür gedacht, die Kosten von Around Europe decken zu helfen.

Durch Bezug von Around Europe per E-Mail können Sie mit dazu beitragen, die Folgekosten, z.B. für den Versand, zu verringern.

Wir bieten den Assoziierten Mitgliedern die Option des E-Mail-Versands von Around Europe an. Das hat aber keine Auswirkung auf die Beitragshöhe, sondern soll allein die Arbeit von QCEA unterstützen und die Versandkosten für andere Publikationen decken helfen.

Quäkermeetings, die Assoziierte oder Unterstützungsmitglieder sind, sollten sich nicht für die E-Mail-Version von Around Europe entscheiden, weil es für die Versammlung wichtig ist, die gedruckte Version von Hand zu Hand gehen zu lassen.

Wenn Sie Around Europe per E-Mail beziehen möchten, dann melden Sie sich bitte bei Xavier Verhaeghe beim QCEA-Büro: xverhaeghe@qcea.org

Bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß ihr Computer als Voraussetzung für diesen Dienst in der Lage sein muß, Nachrichten in der Größenordnung von etwa 2 MB zu empfangen und PDF-Dateien zu öffnen. Sie können kostenlose Software herunterladen, mit der sie die PDF-Dateien öffnen können. Das sind die sogenannten Adobe Reader, unter <http://www.adobe.co.uk/products/acrobat/readstep2.html>

Sie können Around Europe auch auf unserer Website lesen und aktuell über die Arbeit von QCEA informiert bleiben auf Grund unseres monatlichen kostenlosen Updates durch E-Mail.

Übersetzung: Jutta Fauer